

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

279 (29.11.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.85 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 2.15 M monatlich. Einzelheft 10 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleise 22.- M, auswärts 27.- M. Die zweispaltige 30.- M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für spätere Aufträge nachmittags zuvor.

Poincaré bereitet die Zerstörung Deutschlands vor

Im Elisee hat, wie wir gestern schon berichtet haben, am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand eine Konferenz stattgefunden, an der Ministerpräsident Poincaré, der Finanzminister de Lasteyrie, der Kriegsminister Maginot, der Wiederbauminister Reibel, der Präsident der Reparationskommission Barthou und Marschall Foch teilgenommen haben. Die Liste der an dieser Aussprache zugezogenen Persönlichkeiten läßt keinen Zweifel, daß es sich dabei um die Reparationsfrage gehandelt hat, und die Teilnahme des Kriegsministers und des Marschalls Foch erhellt zur Genüge den Charakter der von der französischen Regierung ins Auge gefaßten „Lösung“. Unterrichtete Kreise sehen in der heutigen Beratung den Auftakt zu einer von Frankreich für den Fall des Nichtzustandekommens der Brüsseler Konferenz beabsichtigten Aktion. Die Richtung und das Ziel, dem die Beschlüsse dieser Besprechung zuzusteuern, werden heute ganz unüberhüllt dargelegt: Frankreich will annektieren und dadurch das heutige Deutsche Reich zerstören. Es wird durch eine offiziöse Mitteilung bestätigt, daß der Kriegsrat, der im Elisee stattfand, und an dem außer den bereits genannten Persönlichkeiten auch der Oberkommissar für die besetzten Rheinlande, Tirard, der Chef des Generalstabes, Vuat, und der Generalinspektor der Vergewerke, Coste, teilnahmen, der Beratung derjenigen Maßnahmen gegolten hat, die Frankreich nach dem 15. Januar ergreifen wird, falls die Brüsseler Konferenz nicht zustande kommt oder falls ihr Verlauf die Unmöglichkeit einer Einigung der Alliierten über die Regelung der Reparationsfrage ergeben sollte, und daß es nichts Geringeres ist als die Durchführung des Programms Dariae mit all seinen Einzelheiten, über das wir vor einiger Zeit nach Angaben der „Frankf. Ztg.“ ausführlich berichtet haben.

Befehlagnahme des Rheinlandes und des Ruhrgebietes

Paris, 28. Nov. Ueber die gestrige Besprechung im Elisee ist eine offiziöse Note herausgegeben worden, die die gesamte Morgenpresse wiedergibt und in der es heißt, daß die Brüsseler Konferenz trotz des Wunschens der französischen Regierung leicht nicht zusammenzutreten wird oder daß sie kein Ergebnis zeitigen wird, und zwar insbesondere deshalb, weil der Reichstag dem Reichskanzler Dr. Cuno eine Mehrheit beschafft hat, die einmütig die Note Dr. Wirths an die Reparationskommission billigt, d. h. dafür eintritt, daß Deutschland sich den Reparationsverpflichtungen entzieht. So befreit man, daß die französische Regierung in ihrer festen Absicht, Besetzung zu erlangen, Wert darauf gelegt habe, zu untersuchen, welche Mittel ihr diese Möglichkeit verschaffen könnten. Wir glauben zu wissen, sehr die Note weiter auseinander, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden — wir sagen nicht beschloffen — und die man für geeignet hält — die Garantien unserer Rechte ansieht, wenn man sie anwenden würde, folgende wären:

1. Eine vollständige Beschlagnahme des Rheinlandes, das Frankreich heute besetzt hat, eine Beschlagnahme, die namentlich auf der Ergänzung der deutschen Beamenschaft durch französische Beamten zum Ausdruck kommen könnte;
2. Die Besetzung von 1/4 des Ruhrgebietes, einschließlich Essen und Bochum, sodas Frankreich die von Deutschland auf Reparationskonto zu liefernden Kohlen und die für die französische Industrie erforderliche Menge von Sinterstein in Sicherheit hat.

Ausbeutung der deutschen Kohlengruben und Pfänder

Die Savasagentur verbreitet über die Sitzung im Elisee eine Meldung, in der es heißt, sie glaube zu wissen, daß die Regierung augenblicklich sich damit beschäftigt, die Politik näher zu erläutern, die sie in Bezug auf die Reparationsfrage einnehmen will, daß sie einen Aktionsplan vorbereitet, den Poincaré seinen italienischen, englischen und belgischen Kollegen wahrscheinlich im Laufe der Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz zur Ratifizierung vorlegen wird. Die französische Regierung wird getreu der auf der letzten Londoner Konferenz von Poincaré aufgestellten Thesen gewiß in keine auch nur teilweise Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen einwilligen, wenn es nicht als gewöhnlicher Schuldner einen Gegenwert stellt. In der Tat würde die Beschlagnahme von Pfändern den Alliierten unverkäuflich Geld bringen und daher das Reich zur Durchführung des Vertrages zwingen, denn das

Reich würde dann danach trachten, daß die Hypotheken aufgehoben werden.

Eine Ausbeutung der Staatsgruben im Ruhrgebiet soll ins Auge gefaßt werden sein.

Die italienischen und belgischen Delegierten seien der Ansicht, daß zu diesem Zeitpunkt der französische Vorschlag ein Mittel enthalte, um die Durchsicherung der Kohlenlieferungen sicherzustellen. — Schließlich schenkt man noch, daß auch die britische Regierung eine Kontrolle der Ruhrgruben angenommen habe, jedoch nur für den Fall einer Verletzung Deutschlands.

Das Kabinett Cuno ein neuer Vorwand für die französische Gewaltpolitik

Paris, 28. Nov. Der „Welt Parisien“ schreibt im Zusammenhang mit der gestrigen Unterredung im Elisee, ohne daß die Boge etwa so tragisch ist, wie im August 1914, ist es sicher, daß

eine ernste Stunde herangekommen

ist. Deutschland besitze seit einigen Tagen eine rechts gerichtete Regierung, die jetzt die absolute Unmöglichkeit erklärt hat, irgend welche Geselbstleistungen vor 2-4 Jahren beginnen zu können und die außerdem sagt, daß diese Selbstleistungen nur beginnen könnten, wenn die Alliierten ihr 500 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der Mark leihen, wenn sie ihre Zollgrenzen niederreißen, um den deutschen Export zu erleichtern und wenn die Summe der deutschen Reparationsschulden wesentlich herabgesetzt wird, d. h. die deutsche Regierung will eine letzte Anstrengung machen, um sich des großen Teils ihrer finanziellen Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles zu entziehen. Es ist möglich, daß in letzter Minute die Großindustriellen, die jetzt die Leitung des Reiches übernommen haben, über die unangenehmen Folgen ihrer Unbesonnenheit nachdenken. Aber es ist doch wohl möglich, daß sie Frankreich zwingen werden, die in dem Vertrag von Versailles vorgesehenen Zwangsmaßnahmen durchzuführen und einige Pfänder zu nehmen. Im Hinblick auf diese Möglichkeit hat der Ministerpräsident, ohne die Stimme mehr als notwendig zu erheben, dem deutschen Volke eine heilsame Warnung zuteil werden lassen.

Nach dem „Echo de Paris“ werden die verschiedenen Maßnahmen, von denen gestern gesprochen worden ist, heute vormittag dem Ministerrat vorgelegt werden. Ministerpräsident Poincaré würde also von den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln Gebrauch machen.

Beseitigung aller deutschen Beamten im besetzten Gebiet

Paris, 28. Nov. Ueber die Sitzung im Cuno d'Orsay teilte das „Echo de Paris“ noch ergänzend mit, daß der französische Kommissar für das Rheinland, Tirard, besonders auf die Notwendigkeit hinwies, die deutschen Beamten aus dem Rheinland anzuschaffen. Er erklärte, daß die deutschen Beamten immer eine feindselige Haltung gegenüber den französischen Behörden einnähmen. Mit Bezug auf die Besetzung des Ruhrgebietes hätte man eine Erklärung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Le Troquet, und des Generalinspektors der Vergewerke, Coste, an. Die vorgesehene Aktion ist so berechnet, daß sie die Interessen der deutschen Schwerindustrie so empfindlich als möglich schwächen wird. Finanzminister de Lasteyrie gab eine Erklärung über den Erfolg der vorgesehene Aktion im Rheinland und im Ruhrgebiet ab.

Aufnahme der französischen Annexionspläne in England

London, 28. Nov. Die Berichte der französischen Presse über eine drohende Besetzung des Rhein- und Ruhrgebietes durch die Franzosen findet in der Abendpresse große Beachtung. Von maßgebender Seite verläutet, daß keinerlei Information vonseiten der französischen Regierung in diesem Sinne erfolgt sei. Im Unterhause teilte Bonar Law mit, er hätte keine Information, die ihn zu der Erklärung berechtigte, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen bevorstehe. Das Parlamentsmitglied Macdonald fragte hierauf die Regierung, ob, wenn irgendwelcher Schritt in dieser Richtung getan würde, vorher die Regierung darüber informiert werde. Bonar Law erwiderte: Natürlich!

Frankreich verlangt Unmöglichkeit“ sagt der politische Berichterstatter

London, 28. Nov. Unter der Überschrift „Frankreich verlangt Unmöglichkeit“ sagt der politische Berichterstatter des „Evening Standard“, die britische Regierung würde gut tun in sofortige enge Fühlungnahme mit der französischen Regierung zu treten, um zu sagen, inwieweit die Politik der beiden Länder miteinander einig gehen könne.

Militärische Ausgaben wegen der Orientkrise

London, 28. Nov. Baldwin teilte dem Unterhause mit, daß durch die Orientkrise neue Ausgaben für Meer und Marine verurteilt wurden, die 2.250.000 Pfund Sterling betragen.

Ein mißbegiegender französischer General

Aus der Pfalz wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben:

General de Metz, der französische Zivilgeneral der Pfalz, war von jeher bedacht, mit der einheimischen Bevölkerung Fühlung zu gewinnen. Er unterhält sich ebenso gern mit Kommunisten wie mit Monarchisten, mit Clerikalen wie mit Freidenkern, mit Demokraten wie mit Deutschnationalen. Momentan zeigt er lebhaftes Interesse für alle Vorgänge innerhalb der pfälzischen Großindustrie. Er bereist ihre Standorte, versammelt die Vertreter bedeutender Werke um sich, stellt ihnen Fragen über ihre Betriebe, sucht sich zu informieren über Neuanlagen, deren Zweck und die Art der Aufbringung der Mittel für kostspielige Bauten und maschinelle Einrichtung, debattiert über Salina und Stabilisierung der Mark, und kommt so unmerklich auf das politische Gebiet, um hier dieses und jenes Wesentliches zu hören oder selbst zu Gehör zu bringen — soweit er letzteres für dienlich hält. Alles in jovialster Form mit der Versicherung, er spreche offen und ohne Rückhalt als Franzose und erwarte, daß man ihm ebenso als Deutscher antworte. Es soll schon manchen Gutgläubigen gegeben haben, der diese captatio pro homine nahm. Es kommt dem General bei derartigen Gesprächen „unter vier Augen“ auch gar nicht auf irgend eine „Konfession“ an. So bezeichnet er z. B. das System der Diktate als falsch und verwirft jede Gewalttätigkeit der Weimarer Regierung, erklart jedoch etwa aufleuchtende Hoffnung sofort wieder durch den Vorstoß der Schaffung eines neutralen Pufferstaates, läßt aber seine Hörer völlig im Zweifel darüber, wie er sich eine solche „Lösung“ ohne Anwendung von Gewalt denkt.

Sechs griechische Minister und Generale hingerichtet

Im Hochverratsprozeß gegen die Staatsmänner und Generale wurde am Dienstag früh das Urteil verkündet, nachdem die Richter seit die ganze Nacht hindurch beraten hatten: Unnaris, Stratos, Theotokis, Kallazis, Krotapodakis und General Kabanellis wurden zum Tode, General Stratos und Admiral Goudas zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilten sollen in der Stunde der Not versagt haben, das Vaterland im Stich gelassen und die Schuld an der griechischen Niederlage tragen.

Der britische Gesandte in Athen, Bingley, suchte sofort nach der Hinrichtung der sechs griechischen Minister und Generale um seine Pässe nach und teilte den griechischen Behörden mit, daß er nach Instruktion seiner Regierung Athen zu verlassen habe. Er reist heute Abend nach Lausanne, um einen kurzen Bericht zu erstatten.

Lausanne, 28. Nov. Die Nachricht von der Hinrichtung der

verurteilten Minister wurde hier heute Abend durch eine Neuterbeberse bekannt; sie erregte die größte Sensation. Man befürchtet hier eine Verschärfung der Lage. Es entstand sofort das Gerücht, daß Venizelos demissionieren wolle. In unterrichteten griechischen Kreisen weiß man jedoch nichts von solchen Absichten, Venizelos lehnte es bisher ab, sich über die Vorgänge in Athen zu äußern, über die er noch nicht offiziell unterrichtet worden ist.

Mussolini im Senat

Rom, 28. Nov. Im Senat fand gestern über die Erklärung der neuen Regierung eine Aussprache statt. Nach mehreren im allgemeinen günstigen Nebenantworten Mussolini mit einer großen Rede, die fast bei jedem Satze den Beifall des Senats hervorrief. Zur äußeren Politik erklärte Mussolini, die Verträge würden geändert werden. Die Regierung werde eine auswärtige Politik treiben, die keine Abenteuer suche, die aber auch keinen Verzicht in sich schließe. Er werde keine imperialistische Politik treiben oder unmögliche Dinge zu erreichen suchen. Aber man dürfe nicht von vornherein absolut auf jede Gewaltanwendung verzichten. Der Senat nahm schließlich eine Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt und genehmigte die provisorischen Budgetabschlüsse bis 30. Juni 1923.

Gegen die Schlemmerei

Berlin, 28. Nov. (Privattelegramm.) Die eine Korrespondenz berichtet, ist beabsichtigt, für das Preussische Staatsgebiet den Tanz beim Hinführen, sowie in Luzern und Schlemmerstätten allgemein zu verbieten, ferner für das ganze Reich eine Neuregelung des Schankwesens durchzuführen dahin, daß Branntwein nicht mehr abends ausgeschenkt werden darf.

Neuer braunschweigischer Minister

Braunschweig, 28. Nov. In der gestrigen Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung wurde zum Mitglied des Staatsministeriums der Reichstagsabg. Wagther, Redakteur des „Volkstfreund“ in Braunschweig, mit 31 Stimmen gewählt. 28 Zettel waren unbeschieden und daher ungültig.

Zur Brotversorgung

Berlin, 28. Nov. (Privattelegramm.) Nach der „Volkst.“ will die Reichsregierung als allgemein 10 Proz. des Umlagebills nachlassen, da die Körnerernte schlecht gewesen ist. Die zwei Millionen Tonnen Auslandsgetreide, die verbraucht werden, sind bereits gekauft, jedoch die Körnerpreissteigerung dafür nicht mehr in Betracht kommt. Preußen wird beim Reich eine Streckung des Brotkretzes mit Kartoffeln beantragen.

Kabinettswechsel in Portugal

Lissabon, 28. Nov. Die seit einigen Wochen bestehende Ministerkrise ist gelöst. Der Ministerpräsident hat aus den Ministern des früheren Kabinetts und einigen anderen Persönlichkeiten das neue Ministerium gebildet. Er handelte dabei im Einvernehmen mit der Leitung der demokratischen Partei. Die Lebensmittelsteuerung verfährt sich anbauern.

Die sächsischen Kommunisten sabotieren die Bildung einer Arbeiterregierung

Die sächsischen Kommunisten haben am Samstag und Sonntag in Dresden ihren Landesparteitag abgehalten. Dieser Parteitag hält die Anerkennung der zehn kommunistischen Forderungen durch die Sozialdemokratie als Voraussetzung zur Beteiligung an der Bildung einer Regierung aufrecht. Zum Teil sind die Forderungen von unseren sächsischen Genossen als bedauerlich anerkannt worden. Abgelehnt aber wurde immer wieder die Forderung der Arbeiterregierung, die die Arbeiterklasse durch die Bildung der Betriebsräte und dem Betriebsratelängere vorzulegen. Diese Forderung widerspricht der Verfassung, und wir bleiben deshalb bei der Forderung, daß unsere sächsischen Genossen sie auch in Zukunft nicht anerkennen. Die Grundlage eines Regierungsprogramms, das zwischen der Vereinigten Sozialdemokratie und den Kommunisten vereinbart wird, muß die Reichs- bezw. Landesverfassung bilden. Solange die Kommunisten aber die Forderung nach einer Beteiligung der Arbeiter an der Gesetzgebung aufrecht erhalten, stellen sie sich außerhalb der Verfassung und sabotieren damit die von unseren Genossen erstrebte Bildung einer Arbeiterregierung.

Ueber den Parteitag der sächsischen Kommunisten hatte die „Frankfurter Ztg.“ einen Bericht gebracht, zu dem sie nun aus Dresden telefonisch gemeldet wird:

„Die in der Korrespondenz über den kommunistischen Parteitag geäußerte Ansicht, es werde trotz der rüden kommunistischen Angriffe zu Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten kommen, wird durch eine Mitteilung der „Dresdener Volkszeitung“ bestätigt, nach der sich der sozialdemokratische Landesvorstand zu mündlichen Verhandlungen mit den Kommunisten bereit erklärt hat. Die Verhandlungen sollen am 28. November, also zwei Tage vor der ersten Sitzung des neuen Landtags, beginnen.“

Wenn die Genossen in Sachen sich abermals in eine gewisse parlamentarische Abhängigkeit von den deutschen Sozialdemokraten begeben sollten, würde das der Bewegung in Sachen sehr zum Nachteil gereichen.

Der Prozeß wegen des Attentats auf Scheidemann

SPD. Am 4. Dezember beginnt vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wieder ein großer politischer Prozeß. Die beiden Attentäter auf Scheidemann, Gustav und Helmschläger, haben sich an diesem Tage wegen Mordversuchs und Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit zu verantworten. Oberstaatsanwalt Ghermayer, der die Anklage wiederum vertritt, bezichtigt beide Täter in der jetzt vorliegenden Anklageschrift des gemeinschaftlichen Mordversuchs an Scheidemann. Der Plan zu dem Mordanschlag auf Wilhelmstraße ist von Helmschläger ausgearbeitet worden. Ausgeführt wurde der Anschlag von Gustav, wobei ihm Helmschläger allerdings beihilflich war. Die Angeklagten selbst bestritten zwar eine Mordabsicht; sie hätten Scheidemann nur einen Denkflecken verabreichen wollen, weil er es gewagt sei, der Deutschland in das heutige Elend gestürzt und die Revolution schon im Krieg vorbereitet habe. Scheidemann ist als Nebenkläger zugelassen und wird auch persönlich als Zeuge erscheinen.

Landwirtschaftliche Produktion und Ernährungslage

SPD. In den Besprechungen zwischen dem Reichs Ernährungsministerium mit Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen, die Ende der vorigen Woche stattfanden und die für die preisliche Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Produktion Bedeutung haben, wurde darauf hingewiesen, daß höchstens 250 000 Tonnen Salzeter bis März 1923 eingeführt werden können. Es liegt das, wie wir erfahren, in erster Linie an den Verladebeschwerden. Man rechnet für jeden Monat ab Dezember bis März 100 000 Tonnen Salzeterzufuhr und Verbrauch, so daß bis März etwa 800 000 Tonnen zur Verfügung stehen.

Die Vertreter der Landwirtschaft haben in der erwähnten Besprechung im Reichs Ernährungsministerium zu verstehen gegeben, daß sie für eine Beiquidung der Stofffrage mit der Getreideumlage nicht viel übrig haben. Die Landwirte fürchten, es könnte leicht auf diese Weise die Getreidezwangswirtschaft verweigert werden.

Preußen hat die Kombination Städtstoff-Umlage deshalb geschaffen, um vor allem den Ablieferungsstellen zu helfen. Man wollte den Landwirten Salzeter statt Geld bieten und mit dem Kombinationsdarlehen von 88 000 M pro Tonne zwischen 28 000 Mark alten Umlagepreises und 200 000 M freiem Getreidepreis Konjunktur und Produktionsbedingungen. Ein weiterer Grund für das Vorgehen Preußens lag in dem Steigen der Dingenpreise gegenüber den Preisen landwirtschaftlicher

Produkte, wie z. B. der Kartoffel. Ein Zentner Ammoniak kostete vor dem Krieg 12 M, heute kostet er 8200 M, ein Zentner Kartoffeln kostete vor dem Krieg 2 M, heute kostet er 500 M. Zu beachten ist ferner, daß die Kartoffelpreise in Frankreich und nicht in Deutschland steigen werden. Den werden die Dingenpreise herabgesetzt werden müssen, entsteht natürlich eine schwierige Finanzfrage. Darüber sollte schon in der vorigen Woche Klarheit geschaffen werden. Die Kabinetsbildung hat das verhindert. In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen hierüber beginnen. Wie uns mitteilt, besteht im Reichs Ernährungsministerium wenig Gegenliebe. Allein im Interesse der Volksernährung ist es also dringend notwendig, die Verhandlungen nicht an Finanzbedenken scheitern zu lassen.

Badische Politik

Die rebellierenden Landhändler

Wie aus unferm Bericht über die jüngste Sitzung des Haushaltungsausschusses des Landtags vom letzten Dienstag hervorgeht, ist durch die Bemühungen des Innenministers Kemmerle beim Reichs Ernährungsministerium in Berlin das Soll der Getreideumlage für Baden von 22 000 auf 12 000 Tonnen, also um mehr als 45 Prozent, herabgesetzt worden. Diese Herabsetzung wurde erreicht gegen den Widerstand der erwähnten Berliner Stelle, die ein begründliches Interesse daran hat, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen und insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, daß im Hinblick auf den trostlosen Stand der deutschen Mark, nicht mehr Ausland-Getreide nach Deutschland hereingekommen werden muß, als zur Aufrechterhaltung einer geordneten Volksernährung unbedingt nötig ist. Wenn das Reichs Ernährungsministerium trotzdem die Herabsetzung des badischen Umlagesolls zugelassen, so darf das als ein weiches Gegenkommen gegenüber den im wesentlichen kleinbäuerlichen Getreide-Erzüglern unseres Landes angesehen werden, das man in sächsischen Konjunkturzeiten mit recht gemäßigten Gefühlen betrachtet, das aber von der Landwirtschaft dafür um so dankbarer anerkannt und mit dem Entschluß beantwortet zu werden verdient, nicht die verbleibende Hälfte des Solls auch voll und in beschleunigtem Tempo zur Ablieferung zu bringen.

Was erleben wir anstatt dessen in der Ablieferungsfrage beim badischen Landtag? In der erwähnten Haushaltungsausschuss-Sitzung des Landtags sprach auch ein Vertreter des Bauernvereins — der Partei also, die in Baden von jeher karl agrarisch eingestuft war —, der Minister Kemmerle für seine erfolgreiche Wahrung der Interessen der badischen Kleinbauern zu danken. Der Sprecher des Bauernvereins aber erwiderte sofort die Rede des Bauernvereins gegen das Umlagesoll. „Es ist ja klar“, so sprach er, „daß man von dieser Seite offen kundtut, daß man sich nicht an die Umlage halten will, sondern sich lieber an die Umlage des Reichs angeschlossen hat.“

„Der Landesentschluß des badischen Landtages besteht nicht aus noch Aufrechterhaltung des auf Baden entfallenden Umlagesolls gegen das Anrecht der Getreide-Anlage. Der Landesausschuss hat in dieser Frage geschlossen hinter seinem Vorgesetzten, dem Landtagsabg. Ghermayer, und der von ihm im Haushaltungsausschuss des Landtags vertretenen Anschauung. Die Mitglieder des Landtages sind nicht gewillt, Umlagegetreide abzuliefern, bevor die Preisfrage im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 31. März 1922 geregelt ist. Eine Aufbringung der Umlage-Menge auf freimärklichem Wege erscheint dann durchführbar, während eine gerechte Verteilung des Umlagesolls nach der Leistungsfähigkeit unmöglich ist.“

Man ist nach dieser unerhörten Revolte von Volk und Regierung durch die Landhändler nun hoffentlich auch in den badischen Regierungskreisen, so schreibt die Rheinische „Vollstimme“ — nicht mehr im Zweifel darüber, daß jedes Nachgeben gegenüber den Forderungen der Verharmlosung weit entfernt, sie zu brechen, sondern lediglich ihre Begehrlichkeit relativ und sie zu neuen Annahmen anspornt. Der nicht-agrarische Teil der Bevölkerung des Landes, der aus den amtlichen Mitteilungen des Reichs Ernährungsministeriums weiß, daß der deutsche Preisbedarf nur bis zum Februar nächsten Jahres gedeckt ist, und daß es, wenn die deutschen Getreidebauern in ihrem Widerstand gegen die gesetzlichen Ablieferungsobligationen verharrten, die großen Massen des Volkes dann entweder überhaupt kein Brot mehr oder doch nur noch solches zu den ungeheuerlichen Auslandspreisen gibt, — dieser nichtbäuerliche

Teil der Bevölkerung erwartet nun von der badischen Regierung, daß sie dem geradezu verwerflichen Schindluderpiel der Verharmlosung mit der Autorität von Volk und Regierung ein Ende macht. Der Mut der badischen Landhändler zur offenen Konfession gegenüber den Gesetzen der Republik ist mit der Verletzung des agrarischen Einflusses in der Reichsregierung offenbar gewachsen, und man hofft in diesen Kreisen aufstrebend, für seine unerhörten Treibereien gegen das Getreideumlage-Gesetz in Berlin wenn nicht völlige Absolution, so doch verständnisvolle Nachsicht zu finden. Es steht für den nicht-agrarischen Teil unseres Volkes und für die Möglichkeit, unser politisches und Wirtschaftliches durch den bevorstehenden Winter 1922/23 ohne schwerere Erschütterungen hindurchzubringen, jedoch so viel auf dem Spiel, als daß es gegenüber den erdrückenden Forderungen des Landtages für die Exekutive noch zögernde Langmut geben dürfte.

Aus der Partei

Kreisversammlung für den Agitationsbezirk Karlsruhe
Der Kreisverband hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die sich mit der Beitragsfrage befaßte und den Beschluß faßte, auf Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, nach Karlsruhe eine Kreisversammlung einzuberufen. Wir machen die Ortsvereine und Parteigenossen auf diese Konferenz aufmerksam. Tagesordnung und Tagungsort werden noch bekannt gegeben.

25 Mark Wochenbeitrag in Mittelhessen
Am letzten Sonntag fand in Halle der erste Bezirksparteitag der Partei nach der vollzogenen Eingliederung statt. Die Beschlüsse wurden auf 25 M pro Woche festgesetzt. Nach einem Bericht des Genossen Dr. Ledt wurde der Reichsorganisation das Vertrauen ausgesprochen.

Spd. Heute Mittwoch abend 8 Uhr findet im „grünen Baum“ eine wichtige Mitgliederbesprechung statt. Erscheinen alle Genossen sich dringend notwendig. **Sozialdem. Verein. Sonntag, 3. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Garten“ eine öffentliche Wählerbesprechung statt.**

Soziale Rundschau

* Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden. Die Arbeitsmarktlage zeigt gegenüber der Vorwoche eine schwache Verbesserung, die teils auf die vergrößerte Arbeitszeit, teils allerdings auch auf Rohstoff- und Absatzmangel, letzter Endes also auch auf die Selbstentwertung zurückzuführen ist. — Betriebs-einsparungen erfolgten in zwei Betrieben, wogegen ein Betrieb (Zabakfabrikation) nach Entlassung von etwa 100 männlichen und weiblichen Arbeitern wieder voll arbeitet. In der Porzellan- und Schmiedewerkindustrie arbeiten 14 Firmen infolge Auftragsmangels mit Arbeitslosigkeit; betroffen sind nach dem Stand vom Ende der Berichtswoche 328 Männer und 113 Frauen.

Genossenschaftsbewegung

6000 Mark Geschäftsanteil
Diejenigen Konsumvereine, die heute einen Geschäftsanteil von 5000 M festgelegt haben, sind nach den in den letzten Tagen an den Zentralverband deutscher Konsumvereine gelangten Berichten an Zahl beträchtlich gewachsen. Besonders erwähnenswert ist die Tatsache, daß mancherorts die Generalversammlungen in besserer Erkenntnis genossenschaftlicher Notwendigkeit noch über die Anträge der Vereinverwaltungen hinausgegangen sind. Der weiteren Bedeutung entsprechend sind nach letzten Mitteilungen an die Zentrale in Hamburg bereits 6000 M Mitglieds-Geschäftsanteile befreit worden. Die Verbandsleiter der Genossenschaften sind auch eifrig beim Ausbau der Geschäftsanteile durch Erhöhung der Geschäftsanteile; so sollen sechs kleinere Konsumvereine die Anteile auf 300 000 Mark fest.

Gewerkschaftliches

Das Betriebspersonal des Kraftwerks Forbach-Murgwerk im Lohnstreik
Die Arbeiterchaft genannten Werkes hatte am 24. Oktober an den Arbeitgebern über den Betriebszustand der Kraftwerke, Gas- und Wasserwerke, sowie an die Direktion der Badischen in Anbetracht der außerordentlichen Preissteigerung, die sich gerade bei den notwendigen Lebensmitteln am stärksten bemerkbar macht, durch ihre Organisation, den Zentralverband der Kraftwerke und Heizer, eine Forderung auf Gewährung einer einmaligen Zuerkennungsgelohnung gestellt.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Geth
(Fortsetzung.)

Sir William, Griffin, ich und ein halbes Dutzend untergeordneter Hilfsarbeiter — Du glaubst nicht, wie viele Finger in einem so gigantischen Radding stecken — hatten sich also dazu zu machen, das ganze Mittelstück der Brücke umzugießen. Wegen des verschwindenden Preisuntergrundes war, wie Du weißt, der alte Plan nicht mehr ausführbar. Zunächst wurde beschlossen, längere Gitterballen — zweihundertfünfundzig statt zweihundert Fuß — anzuwenden, um ein paar Pfeiler zu ersparen. Die Geldfrage hängt immer über uns wie ein Schwert, und trotzdem wird das große Werk etwa zweimal so viel kosten, als Bruce die Aktionäre vor sechs Jahren träumten ließ. Dann müssen wir es aufgeben, den unergündlichen Preisboden für die Pfeilerfundierung zu erleben und uns auf das aufstrebende Gitterwerk zu verlassen, das die Sandstücken des Untergrundes bedeckt. Dies hat kein Bedenken, solange man den Fuß der Pfeiler groß genug macht. Deshalb kommt statt der ursprünglichen Doppelpfeiler nun ein einziger Pfeiler in Anwendung, auf dem in ähnlicher Weise wie früher ein halber Steinpfeiler bis zur Fluthöhe aufgebaut wird. Soweit sieht die Sache befriedigend aus.

Nun müssen auf diesen kreisförmigen Pfeilerrücken meine aufgestellten Pfeiler aufgestellt werden, und dabei zeigt sich, daß die acht Säulen, aus denen sie aufgebaut sind, kaum Platz finden, und wir uns mit nur sechs in sechsform angeordneten Säulen begnügen müssen. Du kannst Dir denken, wie mir dies mißfällt. Gerade die Pfeiler, die um fünfzehn Fuß höher werden als alle andern, sollen zwei Säulen weniger erhalten! Ich hatte ein paar tolle Szenen mit Sir William. Er war müde, wenn ich mit meinen Berechnungen kam, und hatte nicht ganz unrecht. Denn mit kleineren Pfeilerrücken merkt bei zweifelhafte Punkten der Konstruktion läßt sich fast alles ausrechnen, was man haben will. Es war nicht die mathematische Genauigkeit, die ich ihm entgegenhalten konnte, Festigkeitskoeffizienten unserer heutigen Materialien, Wind-

druckfragen — alles ist so unklar, daß man mit zehnfacher oder zwanzigfacher oder dreißigfacher Sicherheit rechnen kann, je nach der Stimmung, ohne sehr fehlerhaft zu sein. Nebenfalls läßt sich nicht denken, daß man fehlergegangen ist. Ich fühlte nur, wie mich eine gewisse Angst packte, die ich mit allem Rechnen nicht los wurde. Bruce erklärte mich schließlich für einen nervenschwachen Geisteskrüppel, dem er eine Brücke hätte geben sollen. Griffin, der unbeschuldig dabei stand, beschwört die Wandbilder der Säulen um einen halben Fuß härter zu machen als auszubedenken war und das beste Material nicht zu sparen. Und schließlich gab ich nach. Es war wahrhaftig nicht meine Brücke, und die Pfeiler, so wie sie jetzt werden, sind nicht meine Pfeiler. Ich war, nach drei Tagen des Streits, außer mir.

Nicht mehr, Griffin, sagte ich? Habe ich nicht mit diesen Pfeilern, die das Glück und das Unglück meines Lebens zu sein scheinen, einen Schach erkaufte, der mir noch heute über alle Brücken geht? Du verstehst das nicht, alter Junge; es gehört deshalb nicht in Deinen Brief. Aber es will mir nicht aus dem Kopf seit einiger Zeit und kommt überall zum Vorschein, wo es nicht hingehört.

Griffin gefällt mir nicht halb so wohl, als der alte Lavallette, obwohl er, als jüngerer Mann, zweimal so viel Talfrucht an den Tag legt. Und der Guß, den er aus Widdelsborough schied, ist härter als der alte. Ich habe ihm vorige Woche sechs Säulen zurücklassen lassen, woraus ein fertiger Pfeiler, wenn Du in Deinem Wert aufsteht, wie ich in meiner Brücke, verfertigt auch Du den Pfahl der Dinge und ein wenig von Deiner gemäße Perspektive. Schreibe mir ein wenig von Deiner Wolke, damit ich den richtigen Zeitpunkt wieder finde. Aus der Ferne sieht alles mehr aus, wie es wirklich ist, als in der Nähe, obgleich viele das Gegenteil behaupten.

Etwas für Dich als Rechenschaft! Seit einigen Tagen versuchen wir ein neues System des Gitterwerkens, was einer unserer jüngsten Assistenten erfunden hat und das uns viel Mühe und Zeit erspart. Statt Sand und Geröll im Grund des verfallenden Steinens wie bisher auszuheben und durch die Luftschichte mühsam heraufzuführen, haben wir auf einem Schraubstock, wie wir es nennen, sechs große, feinstellige Bleche, die mittels einer Pumpe luftleer gemacht werden. Von diesen Blechern geht ein Schlauch in die Tiefe, der am Boden des Senkblechs mündet. Wird die Verbindung zwischen

dem Behälter und dem Schlauch geöffnet, so saugt die Luftseite des Behälters Wasser, Sand und Steine mit fürchterlichem Gebrüll heraus, so daß sich der Behälter in zehn Sekunden mit dem gewünschten Füllstoff füllt. Man hat das Fach dann nur zu entleeren und es wieder luftleer zu pumpen, worauf es auf neue bereit ist, seine zehn Zentner Geröll heraufzuführen. Woher Bruce noch Griffin wollten an das Ding glauben, solange es nur auf dem Papier stand. Der Zeichner, der es erfand, ist der Sohn einer der sieben erkrankten Senkblecharbeiter. Der junge Mann ließ mir keine Ruhe, und schließlich bequeme ich Griffin dazu, den Versuch zu machen. Jetzt bildet er sich wahrhaftig ein, er habe den Weg selbst gefunden, der übrigens das Glück des Jungen machen wird. Ich sagte doch, daß er sich die Sache paratieren ließ. Die Genossen, die ihm um den Vater gebracht haben, sind ihm eine kleine Vergütung schuldig.

Morgen kommt der erste der zweihundertfünfundzig Fuß langen Gitterballen auf seine volle Höhe. Die hydraulischen Hebevorrichtungen arbeiten jetzt ununterbrochen. Wir kommen mit den Pfeilerrücken täglich um fünfzehnmanzig Fuß weiter, so daß er in vier Tagen seine schwindelige Höhe erreicht. In der Nähe steht die Sache grünlich aus, in der Ferne, nach dem Meer gesehen, wie ein Zauber, wie etwas, das im Traum erschaut; heimlich, still, wie von selbst. Man hört keinen Rausch und bei der Größe der Massen, alles Gefühl für Entfernungen verloren. Höher und höher steigt das Ding und ruht, wie schwebend in der Luft, als ob Eisen kein Gewicht mehr hätte. Das sind Augenblicke, in denen man ein dummes Gefühl nicht ganz unterdrücken kann — noch mag, um Dies richtig zu sagen, man hat so viele geistige Sorgen nebenher, daß man sich Augenblicke solcher Illusionen nicht verbeißern darf. Selbst uns vor einem Zauber der Erdobere unter den Füßen beruhigend, taue ich dem morgigen Tag nicht mehr.

Meine Frau sagt, ich brauche wieder eine Erholungsteife. Ist Pumps gut für Herzen? Wie sieht es an der Wolke aus? Ich habe fast Lust, Dich in Genava aufzusuchen. Aber wie ich höre, haben sie dort auch eine große Weide.

Erzähle mir davon! Nein, schreibe mir und erzähle mir nichts von der Brücke.

Dein
Eith

(Fortsetzung folgt.)

Die Direktion sowie der Arbeitgeberverband hatten es aber bis jetzt noch nicht für notwendig befunden, auf die gestellte Forderung mit der Organisation in Verhandlung einzutreten. Auf Antrag des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vonseiten der Organisation wurde die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss Karlsruhe überwiesen. Nachdem, daß die Anrufung des Schlichtungsausschusses bereits schon am 13. November erfolgte, wurde der Termin auf Freitag den 24. Nov. festgesetzt. Anstatt nun am Termin teilzunehmen, wurde in allerletzter Stunde der Termin für die Mitteilung gemacht, daß der Termin verlegt ist auf Mittwoch den 29. Nov. Es ist dieses für die Arbeiterseite des Streitgegenstandes unerschwinglich und hat große Erschwerung herbeigeführt unter der Besetzung. Nur der geschlossene Einheits- und der gewerkschaftlichen Disziplin des Betriebspersonals ist es zu verdanken, daß die Allgemeinheit durch die unerschwingliche Handlungsweise gewisser Kreise nicht schon jetzt unter den Folgen einer derartigen Verschleppungspolitik zu leiden hat.

Wir wollen jetzt während der Bewegung nicht dazu übergehen, diejenigen zu nennen, die durch ihr Verhalten nebst den Arbeitgebern resp. Arbeitgeberverband dazu beitragen, die Bewegung der Arbeiterseite auf das äußerste zu steigern. Denn wenn man letzten Endes alles was die Arbeiterseite betrifft, als unerföhrt und unbedachtigt bezeichnen, soll man sich nicht wundern, wenn dadurch auch bei der verständigen Arbeiterseite die Geduld erschöpft wird. Wenn es bis jetzt die Besetzung eines Betriebes auf sich genommen hat, im Interesse der Allgemeinheit ihre eigenen Ansprüche, die notwendig sind zur Befriedigung des Lebensunterhalts hinten zu lassen, so waren es die Selbstkürzer des Profiteurs. Genannte Arbeiterseite kann aber nun unter seinen Umständen mehr länger mit der bisherigen Politik einverstanden und zufrieden sein. Denn wer die außerordentlich verantwortungsvolle Arbeitstätigkeit der Arbeiterseite kennt, wird zugeben müssen, daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, daß diese außerordentliche Arbeitstätigkeit auch dementsprechend entlohnt wird. Die Besetzung des Betriebes durch die Allgemeinheit ist die gesamte Produktion des Betriebes recht gut bezahllen lassen und die Gewinne, die nicht zu klein bemessen sind, in die Taschen der Aktionäre auf Kosten der Arbeiterseite und Konsumierten stecken lassen.

Die Arbeiterseite des Kraftwerks Murgweil richtet daher an alle interessierten Kreise noch in letzter Stunde die Mahnung, den Ernst der Situation nicht zu verkennen und den bestmöglichen Fortschritt der Bewegung zu tragen. Sollte man aber werden auch diejenigen die Verantwortung zu tragen haben für euz. eintretende Folgen, die dem Ernst der Situation mit dem nötigen Willkür die Augen verschließen haben.

Eines sei noch zum Schluß gesagt, daß wenn der vorgezeichnete Verhandlungsverlauf erschöpft ist, ohne zu einem einigermassen befriedigenden Resultat zu kommen, die Arbeiterseite gezwungen wird, geschlossen und bestimmt, unter Führung der Organisation, von ihrem gewerkschaftlichen Machtmittel Gebrauch zu machen. Deshalb richtet dieselbe an die gesamte Bevölkerung den Appell, durch Bewegung ihrer Symbole den Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse zu erleichtern.

Die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Maschinenisten und Seiger, Geschäftsstelle Karlsruhe.

Einseitiges Vorgehen der Verwaltung der Reichsbahn.

Der Verband der Deutschen Eisenbahner-Verbands hat am 26. und 28. November in Berlin beachtenswerte Beschlüsse gefasst, die sich auf wichtige Punkte der Regelung des Arbeitsverhältnisses bei der Reichsbahn beziehen. Zu den wiederholt erwähnten Dienstverordnungen für das Reichsbahn- und Betriebspersonal der Reichsbahn hatte die Verwaltung durch Erlass Anweisungen für Berechnung von Zeitformeln an die Dienststellenverwalter ergehen lassen, die den Zweck haben sollen, die Errechnung der reinen Arbeitszeit zu vereinfachen und die Zeitstränge für die einzelnen Dienstverordnungen auf ein unangenehmes Mindestmaß herabzubringen. Durch dieses Eingreifen von den Zentralstellen wird das Gewerkschaftsrecht der einzelnen Betriebsverordnungen bei der Aufstellung der Dienstpläne illusorisch gemacht und der Sinn der auf Grund von Verhandlungen mit den Spitzenverbänden zustande gekommenen Dienstverordnungen verliert. Der Verband bezieht sich dabei auf die beteiligten Betriebsverordnungsstellenleiter des Reichsbahn-Verbands und bittet sie, die schematische Anwendung von Zeitformeln und Anweisungen bei der Aufstellung der Dienstpläne zu vermeiden. Der Verband bezieht sich auch auf die Anweisung, im Sinne dieser Entschädigung und unter Berücksichtigung der Spartenverbände mit dem Reichsbahnministerium zu verhandeln.

In einem weiteren Erlass empfiehlt das Reichsbahnministerium den Dienststellen die Einstellung von Ausschussarbeitern mit häufiger Änderung in größerem Umfang als bisher. Diese Ausschussarbeiter stehen außerhalb des Tarifvertrages, und außerdem macht die Verwertung des Betriebsrats das Recht freier, bei der Festlegung der Löhne und Arbeitsbedingungen für die Ausschussarbeiter mitzuwirken. Dieses Vorgehen der Reichsbahnverwaltung hat zur Folge, daß für eine wachsende Zahl der Reichsbahn sowohl der Schutz des Tarifvertrages wie die Rechte aus dem Betriebsratsgesetz außer Kraft gesetzt werden. Auch gegen dieses Vorgehen des Ministeriums erhob der Verband Beschwerde.

Eine ähnliche Wirkung hat ein weiterer Erlass des Reichsbahnministeriums, der die Bildung von Stammanstalten der Reichsbahn anordnet. Durch diesen Erlass, der eine Mitwirkung der beteiligten Gewerkschaften voraussetzt, sollen die Arbeiter, die von der Verwaltung der Reichsbahn unterliegen, einseitig von der Reichsbahnverwaltung getrennt werden. Er bedeutet somit eine Durchbrechung des Tarifvertrages und eine Entziehung eines großen Teils der Lohnunterstützung der Reichsbahn. Der Verband bezieht sich auf die Anweisung, im Sinne dieser Entschädigung und unter Berücksichtigung der Spartenverbände mit dem Reichsbahnministerium zu verhandeln.

Alle diese Vorgänge zeigen, daß die Reichsbahnverwaltung bestrebt ist für einen großen Teil der Arbeiter einen Zustand herbeizuführen, der nicht dem Zeitalter des kollektiven Arbeitsrechts entspricht. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbands will alle Maßnahmen ergreifen, um für die Arbeiter der Reichsbahn die Vorteile der kollektiven Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Gemeindepolitik

Durlach. Die Wahl der Gemeindevorsteher vom letzten Sonntag hat folgendes Ergebnis: Von 1340 Wählern sind 737 gültige Stimmen abgegeben worden. Es erhielten Sos. 337, Zentr. 218, Birsch. Vereinig. 208 Stimmen. Die Sitze werden verteilt: Sos. 2, Zentr. 2, Birsch. Vereinig. 1 Sitz.

L. g. Weingarten bei Durlach. Die Gemeindevorwahlen brachten für uns einen Verlust von einem Mandat trotz der Zustimmung von 102 Stimmen gegenüber den Gemeindevorwahlen von

1919. Daß dieser Verlust eintreten konnte, ist hauptsächlich der Laueheit so vieler Arbeiterwähler zuzuschreiben, die es nicht für notwendig hielten, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Andererseits ist der Verlust auch darauf zurückzuführen, weil von der Deutschnationalen Partei der Wahlkampf mit Mitteln geführt wurde, die nicht überall üblich sind. Hat doch sogar der protestantische Pfarrer es für notwendig gehalten, in der Kirche zu einer Frauenwahlversammlung einzuladen, indem er vor 14 Tagen nach der Predigt die Frauen und erwachsenen Jungfrauen ersuchte, zu einer Versammlung am nächsten in der Kirche zu erscheinen. Daß viele Frauen der Einladung Folge leisteten und die Versammlung gut besuchte, war, ist selbstverständlich. In der Versammlung wurden die Frauen von den Vorständen der Deutschnationalen Partei, einem Arbeiter, beehrt, was sie als evangelische Frauen am Wahltage zu tun hätten. Was während des Wahlkampfes von dieser Seite alles gegen uns ins Feld geführt wurde, wollen wir weiter nicht erwähnen. Güt hatten die Deutschnationalen nicht viel Wahl haben sie eine Anzahl Stimmen mehr erhalten, doch kein weiteres Mandat. Die Demokraten hatten mehr Glück, sie haben 124 Stimmen Zuwachs zu verzeichnen und dadurch 2 weitere Mandate. Der Zuwachs ist zweifellos auf die Hausbesitzer zurückzuführen. Ein Führer der Demokraten ist Vorstand des Hausbesitzervereins und die Hausbesitzer sind gegen die „Noten“ wegen der Stellungnahme in Weiterangelegenheiten, Erfassung leerstehender Wohnungen u. dergl. angesetzt. Zwei Tage vor der Wahl wurde noch eine Hausbesitzerversammlung abgehalten und beschloß, nur den demokratischen Forderungen zuzustimmen. Daß auch Arbeiter dort mittun und gegen diesen Beschluß nichts einzuwenden hatten, ist sehr bemerkenswert. Das Zentrum hat sich ebenfalls aufs äußerste angetrengt, konnte aber nur einen Zuwachs von 58 Stimmen buchen und mußte einen Sitz an die Demokraten abgeben.

Alles im allem genommen, hätte für unsere Partei kein Verlust eintreten sollen. Es gibt aber anheimend auch noch ziemlich viel Arbeiterwähler und Wählerinnen, die auf die funktionelle Seite heringefallen sind und lieber gar nicht wählen. Es ist kein gutes Zeugnis für die politische Reife dieser Wählerseite. In der nächsten Zeit werden die Umfragen zu erwarten sein. Beim Studieren derselben werden manchem Wähler die Augen aufgehen und er wird bereuen, daß er nicht gewählt und dazu beigetragen hat, daß eine andere Mehrheit auf dem Rathaus einzieht. Bedauern können wir diese Leute nicht, denn sie haben es nicht besser verdient.

i. Oppenau. Während landauf, landab die Verteilung an den Gemeindevorständen sehr langsam vor sich geht, so ist die politische Lage sehr gespannt, daß bei den Gemeindevorwahlen, Bezirks- und Kreisratswahlen 80 Proz. und bei den Wahlen für den Gemeinderat sogar 95 Proz. der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Mit großer Befriedigung darf die hier erst vor 5 Monaten gegründete Sozialdemokratische Partei auf die Wahlen zurückblicken. Von den 48 Gemeindevorwahlen entfielen auf ihre Liste 12 Mandate, der Bürgerpartei 18, Zentrum 17, Zugehörige 1) und von den 10 Gemeinderäten stellt die Sozialdemokratische Partei 3 (Bürgerpartei 4, Zentrum 3). Auch im Kreisrat ist Oppenau durch einen Abgeordneten unserer Partei vertreten, während im Bezirksrat der sozialdemokratische Ortsverein Oberstich 1 Vertreter stellt.

b. Kottbus. Der Kreisverwalter Kottbus wurden vom Arbeitsministerium für die Ernennungsfürsorge der Kleinrentner 92 000 M. überwiesen, die von den Kreisverwaltungen für unterhaltungsbedürftige Kinder verwendet werden. Der Brückenbau über die Aach in der Mühlentstraße in Sagen a. N. muß aus finanziellen Gründen bis auf weiteres zurückgestellt werden. Eine Anfrage bei verschiedenen hiesigen Banken hat ergeben, daß die Reichsbank in letzter Zeit die Banken ausreicht mit Zahlungsmitteln versehen konnte, so daß für die Ausgabe von Notgeld eine Notwendigkeit nicht mehr vorhanden ist.

Eine schwere Niederlage des Zentrums

Gegenüber, Gemeinderatswahl. Die Gemeinderatswahlen am Sonntag endeten ebenfalls mit einem vollen Sieg für unsere Partei. Während bei den Gemeindevorwahlen am 19. November 80 Proz. der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, stimmten am Sonntag 90 Proz. aller Wahlberechtigten ab. Das Zentrum machte alle Anstrengungen, um seine schwere Niederlage vom 19. November auszugleichen. Mit aller Macht wollte es uns den noch etwas unsicheren 3. Sitz im Gemeinderat entreißen. Das Gegenteil ist eingetreten; das Zentrum hat noch eine schwerere Schlappe erlitten als vor acht Tagen. Die Sozialdemokratie konnte noch ihre Stimmenzahl von 437 auf 495 erhöhen gegenüber den Gemeindevorwahlen vor 8 Tagen. Die absolute Mehrheit des Zentrums ist nun auch im Gemeinderat gebrachen. Es verliert 2 Sitze von ihren bisherigen 8 Sitzen. Die Sozialdemokratie gewinnt einen Sitz und zieht nun mit 3 Sitzen in das Rathaus ein. Die Demokraten verlieren ebenfalls 1 Sitz und haben somit nur noch 1 Vertreter im Gemeinderat. Die Bürgerpartei erhält 2 Sitze. Der Kampf war heiß. Unsere Partei hat am besten abgesehen. Alle Parteigenossen haben sich diesmal ruhig zur Verfügung gestellt, so daß der Erfolg nicht ausbleibt.

Die Mühlent

Millingen. Um eine Versorgung der Kinder bis zu 12 Jahren und der Kranken und Greise mit Milch vornehmen zu können, mußte eine Anlieferung von 5000 Liter täglich erfolgen. Gegenwärtig kommen aber nur 1600 Liter zur Ablieferung, während im vorigen Jahre noch 3000 Liter abgeliefert wurden. — Auch aus Kottbus kommen schwerere Klagen. Am 1. November wurden nur noch 1440 Liter abgeliefert, jetzt nur noch 1295 Liter. Zeitweise ging die Anlieferung sogar auf 1210 Liter zurück. — Mit Aufrufen und Mahnungen scheint wirklich nichts getan zu sein. Der so oft gewünschte Verhandlung zwischen Stadt und Land dient die schlechte Milchlieferung, unter der alle Städte gleichmäßig zu leiden haben, nicht. Dabei weiß man auch in den Städten, daß Futtermangel eine gewisse Rolle dabei spielt, aber man ist doch auch nicht nur bei den ländlichen Bewohnern der Ansicht, daß mehr Milch abgeliefert werden könnte.

Freiburg i. Br. In gemeinsamer Verhandlung zwischen Vertretern der Städte Freiburg i. Br., Emmendingen, Breisach, Waldkirch, Neustadt i. Schw. einerseits und des Badischen Milchverbands Freiburg andererseits wurde ein Preisgepreis von 80 M. für den Milchablieferungsbereich obiger Städte ab 1. Dezember vereinbart.

Gerichtszeitung

i. Der eigene Lehrling als Brandstifter. Weil es ihm in der Lehre bei dem Schreinermeister Genninger in Königshausen am Kaiserstuhl nicht gefiel, kündete der 17jährige Schreinerlehrling Martin G. a. h. auf Bestehen seines Meisters das Haus über dem Kopf an. Der Brand verursachte einen

Gesamtschaden von etwa einer halben Million Mark. Dies geschah in einer Olobernacht, aber schon zwei Monate zuvor hatte der Lehrling im gleichen Hause Feuer gelegt, doch war dasselbe gelöscht worden, ehe der Schaden allzu groß war. Der jugendliche Täter wurde von der Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Milchpantoffelerei. Das Schöffengericht Oberndorf verurteilte die Bäuerin Barbara Cheman von Wehrweiler wegen Milchfälschung zur höchsten Geldstrafe von 15 000 M.

Der Hohenstöffeln-Prozess. Der Vorläufer für die Erhaltung des Hohenstöffeln, der Dichter Ludwig F i n d h, hatte in einem „Schotter“ überschriebenen Artikel in der Frankfurter Zeitung die Verhandlung des Hohenstöffeln geißelt. Dadurch füllte sich der Baron Ferdinand von Hornstein in München, der an dem Hohenstöffeln Basaltwerk beteiligt ist, beiläufig und er strengte eine Klage gegen F i n d h an. Das badische Schöffengericht wies die Klage ab und kündete dem Kläger die gesamten Kosten auf, weil er trotz rechtzeitiger Klage nicht zur Verhandlung erschienen war. Die beiden Rechtsbestände, sowohl des Klägers wie des Beklagten, protestierten hiergegen und bezeichneten ein persönliches Erscheinen des Klägers für nicht notwendig noch zweckdienlich.

Ein Fehler. Ein moralisch minderwertiger, aber für sein Tun verantwortlicher Mensch ist in der Person des 43 Jahre alten verwitweten Altgläubers Karl B e c h a n d aus Karlsruhe vor der Strafkammer. Er war der gewerksmäßigen Helferei in 12 Fällen beschuldigt. Die gestohlenen Gegenstände (Metall, Madletten, elektr. Material u. dgl.) wurden ihm in der Regel des Nachts durch junge Burschen zugeführt. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus, abzüglich 8 Monate Unterjuchungsfrist, und 3 Jahre Ehrverlust.

Kleine badische Chronik

1. Krasingen, 28. Nov. Ein sicherlich merkwürdiger Aufbewahrungsort für einen Wallen gestohlenen Leders hatte sich ein hiesiger Schüler ausgesucht. Er entwendete das Leder aus einer Wirtschaft und versteckte es dann auf dem Kirchhof in der Hiesigen Kirche.

2. Vom Bodensee, 27. Nov. Die badische Domäne in Meersburg hat an den W i n g e r e r e i n ihr Kellergebäude in der Unterstadt um den Betrag von 750 000 M. verkauft. Der W i n g e r e r e i n hat dort bereits seine Kellereinrichtungen aufgestellt, gefeilter und seine Weine eingelagert. Nun vermischt mit der Staatsministerum zu dem Verkauf seine Zustimmung mit der Begründung, es sei jetzt ebenso Pflicht des Staates wie des Privatmannes, Soch begu. Goldwerte nicht gegen unlabile Barmann zu veräußern. Radmilch kann das ärmliche Barmann werden. — Die S t a a t s a n w a l t l i c h a f t L j i d a u erklärt, daß Geschäftsleute, die an Ausländer Waren verkaufen und wissen oder nach den Umständen annehmen können, daß die Ware ausgenommen werden soll, ferner daß die Geschäftsleute, Direkte und Privatpersonen, die den Ausländern Gelegenheiten geben, die in Einbau gelauten Gegenstände anzuschauen oder zu verkopen, um sie so leichter über die Grenze zu bringen oder gegenständig zu schmeißen, sich der Weisheit schuldig machen und unmaßstäblich zu werden. — Mit Wirkung vom 1. April d. J. sind alle badischen, württembergischen und bayrischen Seitenanlagen, zunächst formell, an das Reich übergegangen. Dieser Tage hat eine Kommission des Reichsverkehrsministeriums diese Anlagen besichtigt, um die Uebernahme auf das Reich zurückzuführen.

Freiburg. Einweihung und Uebergabe der neuen Universitäts-Hautklinik. Die in den Räumen des ehemaligen Garnisonlazarettes gegenüber dem evangel. Diakonienhaus in der Hauptstraße eingerichtete neue Universitäts-Hautklinik ist am Montag mit einer kleinen Feier dem Direktor der bisherigen Universitäts-Hautklinik, Prof. Dr. R o i t, übergeben worden. Oberbürgermeister Dr. W e n d e r - F r e i b u r g gab einen Überblick über die Entwicklung dieser Anstalt, die im Jahre 1900 von der chirurg. Klinik als selbständige Abteilung abgetrennt worden war. Durch die Einrichtungen der Nachkriegszeit sei aber die Zahl der Haut- und Geschlechtskrankten außerordentlich gewachsen und ihre Unterbringung in den Räumen der bisherigen Hautklinik der energischen Unterstützung der badischen Unterrichtsverwaltung sei es gelungen, die Verhandlungen mit dem Reichsbahnministerium zu einem günstigen Abschluß zu führen, jedoch nunmehr die neue Anstalt mit einem Aufwand von über 10 Millionen Mark fertiggestellt werden konnte. Dem neuen badischen Kultusminister Dr. G e l l p a c h dankte namens der Regierung der Stadt Freiburg für dieses neue Werk und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die neue Anstalt von der Teilnahme des gesamten Volkes getragen werde, da sie nur dann wirksam arbeiten könne.

Verarbeitung von Kartoffeln zu Branntwein. Die Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. September 1921, die die Verarbeitung von Kartoffeln zu Branntwein grundsätzlich verbietet, gilt auch für das laufende Geschäftsjahr. Die Einhaltung dieses Verbots, das angesichts unserer Ernährungslage dringend notwendig ist, wird streng überwacht werden.

Einnahme der Plätze in den Zügen. Zur Kennzeichnung belegter Plätze in den Zügen dienen in erster Linie die an den Abteiltüren angebrachten Nummerschilder. Zur Vermehrung von unangenehmen Auseinandersetzungen ist den Reisenden zu empfehlen, sich vor dem Betreten der Abteile über die Belegung der Plätze auf Grund der Nummerschilder zu unterrichten.

Kleine Nachrichten

Berlin. (Privattelegramm.) Wie das „Berl. Tagbl.“ mitteilt, ist die letzte Arbeit an der Herausgabe der diplomatischen Akten des auswärtigen Amtes soweit gefördert worden, daß die zweite Reihe des großen Werkes „Die große Politik der europäischen Kabinette in den Jahren 1871 bis 1914 unter dem Kaisertitel „Der neue Kurs“ in Stärke von sechs Bänden innerhalb des ersten Vierteljahres 1923 erscheinen wird.

Berlin. Rant „Berl. Kolonial.“ hat der Oberreichsanwalt gegen den verantwortlichen Sozialen Schriftleiter der Zeitung „Der Aufrechter“, Ernst Pfeiffer, die Eröffnung des Strafverfahrens beim Staatsgerichtshof beantragt unter der Beschuldigung, daß Pfeiffer einen Aufsatz veröffentlicht habe, der Beleidigungen von zehn Ministern enthält.

München. Wie die Wälder melden, hat die unter Führung des ehemaligen Obersten Krieger von der Mittelpartei abgetrennte Gruppe ihre organisatorische Gründung vollzogen. Sie nennt sich „Bayerischer Rechtsklub in Bayern“. Nach einer Meldung aus München hat sich der Bayerische Bauernbund auf seinem Parteitag in München der Wirtschaftspartei des Mittelstandes angeschlossen und den Namen „Bayerische Bauern- und Mittelstandspartei“ angenommen.

Pfeil-Spar vermindert Ihre Gasrechnung.
Spar-Glühkörper Marke „Pfeil“ sparen laut technischer Untersuchung 25% Gas

